



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Österreich und die deutsche Wirtschaftspolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Österreich und die deutsche Wirtschaftspolitik



Die schwere Krisis, in der sich Österreich schon seit Monaten befindet, hat sich in den letzten Wochen zu einer kaum erwarteten Höhe gesteigert und im österreichischen Abgeordnetenhaus leider auch zu wüsten Schimpf- und Lärm Szenen geführt, die eine blutige Satire auf den Parlamentarismus sind. Der alte Donaustaat hat schon manche Bedrängnisse durchgemacht, seitdem Ferdinand II. die ganze Ländermasse dauernd in einer Hand vereinigte. Die Habsburger haben im siebzehnten Jahrhundert die Meuterei des tschechischen und des magyarischen Adels mit dem Schwert und dem Henkerbeil niedergeschlagen, im achtzehnten gegen eine Welt von Feinden den Bestand ihrer Ländermasse fast ungeschmälert behauptet, noch im neunzehnten Ungarn und die italienischen Provinzen mit Waffengewalt wiedererobern müssen. Aber dabei waren sie doch ihrer deutschen Bevölkerung wenigstens größtenteils sicher. Die Deutschen hatten diese Völkervereinigung geschaffen, sie stellten die besten geistigen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte, um sie aufrecht zu erhalten; sie haben auch die moderne Verfassung Österreichs geschaffen, sie bildeten jene „Verfassungspartei,“ für die das Interesse der Deutschösterreicher mit dem Dasein der Verfassung und des „cisleithanischen“ Gesamtstaats zusammenfiel, während alle andern Stämme der Monarchie, Tschechen, Polen und Slowenen, immer nur an ihre nationalen Sonderwünsche dachten, die sie selbst auf Kosten der Gesamtheit befriedigen wollten, und die Tschechen, als das nicht geschah, jahrelang dem Reichsrat fern blieben. Und heute? Es giebt keine deutsche Verfassungspartei mehr, sondern nur noch eine Gruppe von deutschnationalen Parteien, die ihre deutschnationalen Interessen in den Vordergrund stellen, wie es bisher nur die andern Nationalitäten thaten und thun durften, ohne besonders schlimme Folgen für den Staat, so lange ihn die Deutschen stützten; selbst die bisher klerikalen

Bauernschaften der Alpenlande, die lange mit begreiflichem Mißtrauen dem kirchenfeindlichen Liberalismus der Verfassungspartei gegenüberstanden, beginnen ihren geistlichen Führern die Gefolgschaft aufzusagen, und der verfassungstreue Großgrundbesitz geht ins deutsch-nationale Lager über.

Es ist also gekommen, was schon vor Jahren einer der bedeutendsten österreichischen Historiker seinen deutschen Landsleuten empfohlen hat, und was ihnen jetzt wieder ein österreichischer „Patriot,“ der weder ein Deutscher noch ein Pole, sondern vermutlich ein gemäßigter und verständiger Tscheche ist, als Richtschnur ihres Verhaltens empfiehlt:*) die deutschen Österreicher kehren dem Kampfe um die Verfassung den Rücken und sechten nur noch für ihre nationale Zukunft; sie setzen über die vergänglichen Formen des Staatslebens das Dauernde, dem jene nur dienen sollen, über die Verfassung die Existenz ihrer Nation. Damit ist für Österreich eine ganz neue Lage geschaffen, wie sie noch niemals dagewesen ist.

Das ist das unzweifelhafte Verdienst des Grafen Badeni und einer unglaublich ideenlosen, aber echt polnischen Gewaltpolitik. Denn diese Nation, d. h. der polnische Adel, ist niemals, wie schwärmerische Leute früher auch bei uns gutmütig meinten, der Träger der „Freiheit“ gewesen, sondern er hat immer nur mit rücksichtsloser, staatsfeindlicher Selbstsucht seine Standesinteressen verfolgt, früher in der „königlichen Republik Polen“ gegenüber den polnischen Bauern und den deutschen Bürgern, wie jetzt in Galizien gegenüber den Ruthenen. Die deutschen Österreicher aber haben alle Ursache, ihrem Ministerpräsidenten dafür dankbar zu sein, denn ohne ihn wären sie noch nicht so rasch zu dem vollen Bewußtsein dessen, was ihnen bevorsteht, erwacht, und wir Deutschen im Reiche können uns diesem Danke vom gesamt-deutschen Standpunkte aus anschließen, denn noch niemals hat das deutsche Nationalbewußtsein in Österreich eine solche Stärke erreicht wie heute.

Ob aber auch der Staat Österreich als solcher der Politik dieses polnischen Edelmanns den Ruhm einer staats-erhaltenden zugestehen wird, dieser Staat, der, ein Stück des alten, überall sonst versunkenen Europas, wie sein alter Gegner, die Türkei, auf der Niederhaltung der nationalen Entwicklung, um nicht zu sagen auf der Verkümmern seiner Nationalitäten beruht, der nur den Magyaren volle Freiheit zur Entfaltung gelassen hat und lassen konnte, weil sie allein keine Stammesgenossen außerhalb des Reichs haben, denen sie sich angliedern könnten, während alle andern Stämme solche haben?

Doch das Urteil, das einst die Zukunft über Graf Badeni fällen wird, die Entscheidung der Frage, ob seine Politik zum Heil oder zum Verderben

*) Die Verfassung als die Quelle des Nationalitätenhaders in Österreich. Studie eines Patrioten, und: Grundzüge für eine endgiltige Lösung der Nationalitätenfrage in Österreich. Ideen und Betrachtungen eines Patrioten. Wien und Leipzig, 1897.

Österreichs gereicht, das ist jetzt nicht unsre Sorge, und nicht die nächste Sorge der Deutschen in Österreich. Für die Maßregeln, die dazu dienen sollen, den alten Staatsbau so umgestalten, daß er den unabweislichen Forderungen der neuen Zeit entspricht, mögen die sorgen, deren besondres Interesse seine Erhaltung ist. Die Magyaren, bei denen eine starke Partei schon lange mit dem Gedanken der gänzlichen Lostrennung von Österreich spielt, wie das Kind mit dem Feuer, mögen zusehen, wie sie, wenn sie allein stünden, inmitten der an Volkszahl ihnen weit überlegenen Nationalitäten ihres Staats, die sie fortwährend kränken und reizen, und der feindlichen, begehrliehen Nachbarn ringsum, sich würden behaupten können, sie, ein kleines Volk von sechs Millionen; die Tschechen mögen sich überlegen, ob sie imstande sein würden, ihr Wenzelskönigreich zu erhalten, inmitten deutscher Länder und mit einer deutschen Bevölkerung, die mindestens ein Drittel der Gesamtzahl ausmacht und ihnen in abgesagter Feindschaft gegenüberstehen würde, die Polen, ob es sie gelüstet, russisch zu werden, denn etwas anderes würde ihr Schicksal doch nicht sein. Nur die Deutschen können mit Zuversicht allen Gefahren der Zukunft entgegensehen, denn hinter ihnen steht, sie auf drei Seiten umschließend, der im deutschen Reiche geeinigte Kern der Nation.

Schwil wird es denn auch allmählich den nichtdeutschen Herren. Die Magyaren möchten lieber heute als morgen Badeni stürzen sehen, weil sie fühlen, obwohl sie es hinter großen Worten zu verbergen suchen, daß sie ohne die Erneuerung des „Ausgleichs“ in der Luft stehen, und weil dieser Ausgleich auf der stillschweigenden Voraussetzung beruht, daß die Deutschen in Österreich eine ähnliche Stellung behaupten, wie sie selbst in Ungarn. Die jetzt tonangebende und schon längst in dem Gewirre der Parteien ausschlaggebende polnische Fraktion setzt sich merkwürdig wenig für ihren „Landsmannminister“ ein und widmet den aufdringlichen Begehrlichkeiten der Tschechen nur kühle Sympathien. Die Tschechen sind zwar von jeher geborne Fanatiker gewesen, die immer, sobald sie selbständig auftreten konnten, nicht die Herrschaft, sondern die Alleinherrschaft in ihrem Lande erstrebt und niemals einen Vertrag über nationale Fragen länger gehalten haben, als sie schlechterdings mußten, aber vereinzelte Stimmen reden doch schon anders. Jener „Patriot“ erklärt die Verfassung als ein Hindernis der nationalen Entwicklung in Österreich und leitet gerade aus ihr den unaufhörlichen nationalen Hader ab, schlägt daher eine ganz neue Ordnung vor: abgesonderte Verwaltung jeder Nationalität innerhalb ihres historischen Besitzstandes, also Verzicht auf jede Slawisierung oder Germanisierung jenseits dieser Grenzen und deutsche „Verbindungssprache,“ also Staatssprache. Ob ein solcher Vorschlag überhaupt durchführbar oder noch jetzt durchführbar wäre, ist hier gleichgiltig; jedenfalls legt er Zeugnis dafür ab, daß verständige Tschechen einzusehen beginnen, wie unmöglich es ist, die maßlose Begehrlichkeit ihrer Nation, die absolute Gleichberechtigung zweier

Sprachen, die nun eben einmal an Kulturbedeutung einander nicht gleichstehen und niemals gleichstehen werden, durchzusetzen. Die Wenzelkrone selbst, d. h. die staatsrechtliche Vereinigung von Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zu einem tschechischen Staat, wird von dem „Patrioten“ als ein wertloses Traumbild bezeichnet. In der That ist sie schon am Weißen Berge in Scherben geschlagen worden.

Wir Reichsdeutsche aber sagen den österreichischen Slawen rund und nett, und die reichsdeutsche Presse muß es immer wiederholen: Wir haben es mit Zorn und Kummer ertragen müssen, daß die Magyaren die alten deutschen Kolonien in Ungarn in allen nationalen Rechten verkürzten, und daß die Russen die baltischen Deutschen der alten Ordenskolonie um ihre nationale Bildung zu bringen suchten, das blühende deutsche Schulwesen zerstört haben zu Gunsten einer tieferstehenden Halbkultur. Denn in beiden Fällen handelte es sich um entlegene und verstreute Vorposten unsrer Nation, die irgendwie unserm Reiche anzuschließen außer jedem Bereiche der Möglichkeit liegt, und für unsre praktischen Aufgaben mußte uns hier das gute Einvernehmen mit Rußland, dort die Entstehung eines haltbaren Staats höher stehen als das Interesse kleiner Volksgruppen, von denen die ungarländischen Deutschen mit alleiniger Ausnahme der tapfern Siebenbürger Sachsen nicht einmal ein wirkliches Nationalgefühl hatten. Aber in Österreich diesseits der Leitha handelt es sich um ganz andre Dinge. Tirol, Salzburg und Oberösterreich sind altbairisches Stammland, so gut wie Ober- und Niederbayern, die Donau- und Ditalpenlande aber sind mehrere Jahrhunderte früher deutsch geworden als der Nordosten jenseits der Saale und Elbe, Böhmen und Mähren gleichzeitig mit diesem. Es sind uralte Sitze der deutschen Kultur, vorgehobne Grenzländer unsers geschlossenen Nationalgebiets. Es handelt sich um die Heimat der liederfrohen ritterlichen Babenberger, unsers Volksepos von der Nibelunge Not und der schönsten Dichtungen unsrer mittelhochdeutschen Lyrik, um die Wohnstätten Mozarts, Haydns und Beethovens, Grillparzers, M. Grüns und Roseggers, um kerndeutsche Länder, die niemals eine andre Kultur gehabt haben als die deutsche, und die in der vollen Entwicklung ihrer geistigen Gaben nur durch den greulichen Völkermord des dreißigjährigen Krieges, die Zwangsbekehrung durch Soldaten und Jesuiten gehemmt worden sind. Alle Feinde der Deutschen und unsrer freien Bildung sollen es wissen: Wir können und werden niemals dulden, daß diese Länder unsrer Gesittung und unserm Volkstum verloren gehen, oder daß dieses dort auch nur verkümmert werde, niemals. Diese Erkenntnis dringt in immer breitere Schichten unsers Volkes, dieser Entschluß muß uns unwiderruflich feststehen.

Man rede uns nicht vor, wie es dann und wohl wann überängstliche Gemüter oder überkluge Köpfe thun: das alles seien Angelegenheiten eines fremden Staates, die uns Deutsche im Reiche nichts angingen. Unser Verhältnis zu

Österreich ist eben grundsätzlich ein andres, als das zu jedem andern Nachbarstaat, nicht weil das ehemalige Reichs- und Bundesländer sind — das waren die Schweiz und Holland auch, und wir stehen doch völlig anders zu ihnen —, sondern weil die acht Millionen unsrer Stammesgenossen, die da drüben leben, nicht, wie die Schweizer und Holländer, das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit mit uns verloren haben und gar keine Deutschen mehr sein wollen, sondern weil sie sich durchaus als Angehörige unsrer Nation fühlen. Darum liegt das völkerrechtliche deutsch-österreichische Bündnis, das schon die Patrioten der Paulskirche neben den engern staatsrechtlichen Verband des deutschen Reiches stellen wollten, so sehr in der Natur der Dinge, daß Bismarck schon auf dem Schlachtfelde von Königgrätz diesen Gedanken ausgesprochen hat, und daß er, als er es 1879 in der jetzigen Form geschlossen hatte, damit umging, es durch die Parlamente beider Reiche als unerschütterliche Grundlage ihrer auswärtigen Beziehungen bestätigen zu lassen.

Aus diesem Bündnis erwächst uns aber noch eine andre und nähere Verpflichtung, uns um die österreichischen Verhältnisse zu kümmern, nämlich eine, die sich aus unserm unmittelbaren eignen Interesse ergibt. Es ist kein Zufall, daß es Fürst Bismarck mit einem ungarischen Staatsmanne, dem Grafen Andrássy, zustande gebracht hat, und daß er sich auf Österreich erst nach dem Sturze seines alten Gegners, des Grafen Beust, verlassen zu können geglaubt hat. In der That, neben der deutschen Verfassungspartei von ehemals waren nur die Magyaren zuverlässige Bundesgenossen, und unser Kaiser hat recht wohl gewußt, weshalb er sie leztthin in Budapest als ein politisch reifes Volk bezeichnet hat, wenn anders diesen Namen ein solches verdient, das seine nationalen Interessen begreift und darnach handelt. Die Polen sind überall unsre Feinde, auch in Österreich, die Tschechen aber liebäugeln schon ganz offen in der dreistesten Weise mit den Franzosen, und — sie dürfen es ungestraft; ja sie machen gar kein Hehl daraus, daß sie, wenn sie ans Ruder kämen, eine ganz andre, also eine deutschfeindliche Politik verfolgen würden. Unser Bund mit Österreich hat also seine Stützen nur in den nationalgesinnten Deutschen und in den Magyaren; die Slawen sind ihm feind, und nicht minder die Klerikalen, die dieses neue Deutschland unter preußischer Führung hassen und verabscheuen als ihren geschwornen Gegner. Und diese Klerikalen haben den größten Teil des österreichischen Adels für sich. Darüber täusche man sich nicht. Unsrer Feinde sind also mächtig in Österreich, sie sind mächtig auch in der Wiener Hofburg. Wie der Vatikan zum deutschen Reiche steht, ist offenkundig, und mit dankenswerter Ehrlichkeit hat leztthin der Osservatore Romano verraten, wohin sein Bestreben zielt, als er die diplomatische Klugheit Leos XIII. pries, der den französisch-russischen Zweibund vermittelt und damit bewirkt habe, daß — Baiern aus der Stellung eines „Vasallenstaats“ herausgehoben worden sei. Also nicht nur an der Isolierung, sondern auch an der Lockerung unsers

Reichs arbeitet man dort, und einer der mächtigsten Hebel zu diesem Zerstörungswerk liegt in Wien. Zu Kaiser Franz Joseph haben wir das gute Zutrauen, daß er am deutschen Bündnis ehelich festhält, denn in einer vielgeprüften, fast fünfzigjährigen Regierung voll ungeheurer Erschütterungen hat er so viele Wandlungen und Versuche mit allen möglichen Richtungen gemacht, daß er sicher keine Neigung hat, sich auf ein neues, ganz unberechenbares Experiment einzulassen. Aber jeder seiner möglichen Nachfolger ist für uns politisch ein unbeschriebenes Blatt, und wie die österreichische Prinzenenerziehung nun einmal immer gewesen ist, so liegt die Vermutung nur allzu nahe, daß dieses Blatt mit klerikalen und feudalen Schriftzügen beschrieben sein wird. Was also ein Thronwechsel in Österreich bringen kann — und der jetzt regierende Herr ist den Siebzigern nahe —, das entzieht sich jeder sichern Vermutung.

Um so mehr ist es in unserm eignen dringendsten Interesse geboten, daß wir die Deutschen Österreichs stärken, damit nicht ein gefährlicher Umschwung dort uns selbst gefährde. Wir haben schon neulich ausgeführt, daß wir einen Zerfall Österreichs ebenso wenig wünschen können wie die Aufnahme der ehemaligen Bundesländer in unser Reich, und wir müssen das den Deutschen Österreichs immer wieder zum Bewußtsein bringen, daß die Trennung von 1866 nicht der Willkür, sondern der Notwendigkeit entsprungen ist. Rufe, wie sie uns jüngst in dem prächtigen Saale des Wiener Gemeinderats als Antwort auf ein paar scharfe Worte Theodor Mommsens über die schlaffe Haltung der Bevölkerung Wiens entgegenschallten: „Hände weg von Österreich!“ sind deshalb, gelinde gesagt, höchst überflüssig, denn niemand denkt bei uns daran, die Hände auf Österreich zu legen. Aber es giebt auch andre Mittel, eine engere Verbindung herzustellen. Längst ist die geistige Gemeinschaft zwischen den Deutschen beider Reiche so eng und lebendig, wie sie niemals vorher gewesen ist; es giebt keine österreichische Wissenschaft, sondern nur eine deutsche Wissenschaft in Österreich, und keine österreichischen Dichter, sondern nur deutsche Dichter in Österreich. Es gab auch eine Zeit, wo keine Zollgrenze zwischen uns und Österreich bestand; sie mußte geschaffen werden, weil zu der Zeit, wo der deutsche Zollverein unter schwerer, geduldiger Arbeit entstand, die österreichische Volkswirtschaft noch bei weitem nicht die Stufe der deutschen erreicht hatte, und sie mußte aufrecht erhalten werden, solange dieser Unterschied bestehen blieb, und solange es galt, auf dem Grunde dieser wirtschaftlichen Einheit die politische Einheit des deutschen Reichs aufzurichten, an dem Österreich keinen Teil haben konnte. Diese Gründe der wirtschaftlichen Trennung sind jetzt verschwunden oder im Schwinden begriffen. Das deutsche Reich besteht, und Österreichs Volkswirtschaft hat sich der unsern genähert. Warum sollte da nicht ein Zoll- und Handelsbündnis wenigstens allmählich zu erreichen sein, zum Vorteil beider Länder? Der mächtigen böhmischen Industrie, die ja größtenteils in deutschen Händen ist, würde sich damit der

natürliche Ausweg nach dem Norden, zum Meere öffnen, wohin die große Lebensader des Landes, die Elbe, führt, den Rohprodukten Ungarns, seinem Getreide und seinen Weinen, der Weg nach Schlesien und Baiern hinein, und Tirol würde nicht mehr zwischen drei Zollgrenzen eingezwängt liegen. Uns aber im Reiche wäre ein weites Feld für unsre überschüssigen Arbeitskräfte geöffnet; unsre Kapitalien und unsre Menschenkräfte würden wieder frei wie einst in den Zeiten des alten Reichs die Donau abwärts fluten, dahin, wo sie jetzt nur spärlich fließen. Wir würden mit einem Schlage eine mächtige Erweiterung unsers viel zu engen Wirtschaftsgebiets nach dem Südosten unsers Erdteils gewinnen, der seit Jahrhunderten von der deutschen Kultur befruchtet worden ist, und in dem unsre geistige Herrschaft trotz alles Dünkels junger Völker unerschüttert aufrecht steht bis Bukarest und Sofia; wir würden den freien Zugang zum Mittelmeer gewinnen, dessen Wichtigkeit auch für unsern Handel trotz der jetzigen Schranken von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Drängt doch auch alles auf eine nähere wirtschaftliche Vereinigung des europäischen Festlandes hin gegenüber den drei riesigen wirtschaftlichen Körpern, die schon entstanden oder in der Entstehung begriffen sind: Rußland, dem britischen Weltreiche und der nordamerikanischen Union. Wir wollen nicht die Tschechen und Magyaren germanisiren, das ist vorbei, wir wollen aber alle Bande, die unsre Stammesgenossen drüben und damit diese Länder überhaupt an uns knüpfen, so verstärken, daß sie unzerreißbar werden. Dann wird die Macht der deutschen Gesittung unwiderstehlich wirken und jene kleinen Nationalitäten, unbeschadet ihrer Eigenart, zu ihrem eignen Vorteil auf die Stufe der politischen Geltung zurückführen, die sie nur mit krampfhaften Anstrengungen, zum Schaden ihrer eignen Bildung, überschritten haben, um sich schließlich doch nur in einem engen Sprachkäfig einzusperren, und das in einem Zeitalter des riesig wachsenden Weltverkehrs! Wie aber auch die Würfel in Zukunft fallen mögen, für unser Reich und unser Volk gilt das Wort: „Bereit sein ist alles.“



Personalreformen bei der Post



Im Frühjahr 1871 tagte in Berlin unter dem Vorsitz des damaligen Generalpostdirektors Stephan eine Konferenz höherer Postbeamten, um über eine Reform der Personalverhältnisse zu beraten. Das tiefe Stillschweigen, das über den Verlauf der Arbeiten beobachtet wurde, erregte allgemeinen Unwillen. „Was ist von der Thätigkeit einer Konferenz zu hoffen, so schrieben Berliner Zeitungen, die jede Veröffentlichung über den Gang ihrer Beratungen ausschließt, sodaß